

# Medien, Öffentlichkeit und Demokratie: Zur Watchdog-Funktion von Medien

Ricarda Drüeke

## 1 | Einleitung

Kritische Formen des Journalismus nehmen eine relevante Rolle in demokratischen Prozessen ein. In normativen Demokratiemodellen wird die „Wächterrolle“ von Medien betont, da Kontrolle neben Information sowie Transparenz und damit Legitimierung politischer Prozesse als zentral angesehen wird. Gleichwohl gibt es keine einheitliche Auffassung darüber, welche Funktionen und Formen solche „Wächtermedien“ haben und was darunter zu fassen ist. Der Beitrag gibt einen Überblick über den Begriff und die Funktionen von „Watchdogs“ als eine journalistische Form und gleichzeitig als öffentliche Aufgabe von Medien. Dazu wird zunächst die demokratietheoretische Bedeutung von Medien herausgestellt. Daran anschließend wird die Rolle von Medien in der Herstellung von Öffentlichkeit dargelegt. Aufbauend lässt sich zeigen, welche Funktionen Medien als Watchdogs übernehmen können. Durch eine Diskussion gegenwärtiger Entwicklungen, wie die Nutzung digital vernetzter Medien und der damit einhergehenden Veränderungen der klassischen Trennung zwischen Produzent\*innen und Konsument\*innen, werden aktuelle Herausforderungen und Veränderungen der Watchdog-Funktion von Medien verdeutlicht.

## 2 | Zum Verhältnis von Demokratie und Medien

Dieser Abschnitt widmet sich den theoretisch-begrifflichen Grundlagen von Demokratie und Medien. Herausgestellt werden die Funktionen von Medien in einer demokratischen Gesellschaft, aus denen sich auch ihre Watchdog-Rolle ableiten lässt. Die Bedeutung von Medien variiert hinsichtlich der Anforderungen, die unterschiedliche Demokratiekonzeptionen an die kommunikativen Funktionen von Medien stellen (vgl. Martinsen 2009).

Medien werden in einer demokratischen Gesellschaft vielfältige Funktionen zugesprochen, vor allem eine Transparenzfunktion, Validierungsfunktion und Orientierungsfunktion (Neidhardt 1994: 8 f.). Zentral in Bezug auf politische Kommunikation, so Funiok (2007: 92 f.), ist die Informationsfunktion. Medien vermitteln Wissen, schaffen Gesprächsthemen, Identifikationsangebote und fordern zu sozialem Handeln auf. Politik erscheint zumeist medial vermittelt, vor allem aber erleben Bürger\*innen Politik medial vermittelt, da sie sich zumeist aus Massenmedien darüber informieren. Medien können darüber hinaus, so Krotz (2003: 23, 2007: 89 f.), auch Kommunikation modifizieren, verändern und ausdifferenzieren, was zu einem Entstehen neuer Interaktions- und Kommunikationsformen führt. Medien tragen also zu weit mehr bei als nur zu einer reinen Informationsbereitstellung oder Meinungsbildung. Dahlgren (2009: 3) sieht die Rolle von Medien innerhalb einer Demokratie in der Sichtbarmachung von Politik, in dem sie Informationen, Analysen und Foren für Debatten anbieten, sie können so einen demokratischen Wandel befördern, aber auch machtaffirmative Positionen beziehen. Medial verhandelte Themen und Positionen stehen darüber hinaus in öffentlichen Debatten im Vordergrund (vgl. Lünenborg 2009: 7). Medien sind damit ebenfalls „Inszenierungsmaschinen, insofern sie Kommunikate bereitstellen“ und „Erlebnisräume, insofern sie genutzt, rezipiert und angeeignet werden“ (Thomas 2010: 78).

Pfetsch und Marcinkowski (2009: 11) bezeichnen demokratische politische Ordnungen des 21. Jahrhunderts als „Mediendemokratien“. Darunter ist eine Demokratie zu verstehen,

„die sich der technischen Möglichkeiten und sozialen Reichweite moderner Kommunikationsmittel bedient, um ihre Funktionen und Ziele auf hohem Niveau zu erfüllen“ (ebd.: 11). Sie ist weiterhin gekennzeichnet durch eine „normative Ambiguität“, da Demokratie einerseits auf unabhängige Massenkommunikationsmittel nicht verzichten kann, andererseits die Wirkungsmacht der Medien grundlegend in den politischen Prozess eingreift (ebd.: 12). Folglich sind in der politischen Theorie Öffentlichkeit und Medien von zentraler Bedeutung für die Entwicklung von Demokratien (vgl. Reese-Schäfer 2006; von Beyme 2006). Um das Verhältnis von Medien und Demokratie theoretisch zu bestimmen, gibt es drei Traditionslinien (vgl. Dahlgren 2009): Die erste Traditionslinie stammt aus der Politikwissenschaft und hat einen starken Fokus auf das politische System und die darin vorkommenden Akteur\*innen, wie politische Institutionen, Bürger\*innen und Medien. In einer zweiten Traditionslinie wird die Perspektive auf Medien und Demokratie um deliberative Prozesse und die Betonung der Zivilgesellschaft erweitert. Drittens werden durch die Cultural Studies Perspektiven angeboten, die sich mit Themen wie Identität sowie Bedeutungszuschreibungen und Praktiken von Kultur auseinandersetzen und diese kritisch hinterfragen.

Innerhalb demokratiethoretischer Konzepte spielt (medial vermittelte) Kommunikation eine wesentliche Rolle, da Kommunikation zwischen Regierung und Bürger\*innen als relevant angesehen wird. Veränderungen von Medien und Medientechnologien bedingen ebenfalls eine Veränderung der Kommunikationsprozesse. Die Entwicklung „neuer“ Medien – wobei neu in der jeweiligen Zeit zu sehen ist, also ebenso Hörfunk, Fernsehen wie das Internet meinen kann – ist zumeist begleitet von einer Auseinandersetzung über die Folgen für Politik, Demokratie und Gesellschaft. Einmal mehr und intensiver wurde dies mit der zunehmenden Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien diskutiert. Technologien können also Möglichkeiten der Beteiligung eröffnen, gleichzeitig wird dabei

auch immer eine bestimmte Vorstellung über die jeweilige Technologie konstruiert. Auch werden Medien, darauf weist Dahlgren (2009) hin, ebenso von organisatorischen, ökonomischen und technischen Besonderheiten geprägt.

Aus demokratiethoretischen Ansätzen leiten sich vielfältige Funktionen von Medien ab. Insbesondere in liberal-repräsentativen Demokratiemodellen werden Medien in ihrer Wächterfunktion beschrieben. Diese Modelle sehen in den Massenmedien einen vertikalen Kommunikationskanal zwischen Bürger\*innen und Repräsentant\*innen; ihre demokratische Rolle liegt in einer „Wächter-Funktion“ (vgl. Schmidt 1997). Die Funktion von Medien besteht dementsprechend darin, zu informieren, politische Entscheidungen transparent zu machen, den Willensbildungsprozess zu rationalisieren und so fortlaufend das Gemeinwohl zu ermitteln – in einer kritischen Sicht auf politische Prozesse. Dadurch wird Öffentlichkeit auf vielfältige Weise hergestellt: von „unten“ aus Sicht der Regierten, in dem Einstellungen und Meinungen der Bürger\*innen dargestellt werden, von „oben“, also die Erfüllung der Bereitstellung von Informationen aus Sicht der Regierenden sowie bereits im Vorfeld im Sinne der Transparenz von Entscheidungsvorgängen (vgl. Pürer o.J.). In diesen Herstellungsmechanismen von Öffentlichkeit sind Medien als kritische Beobachter\*innen zentral. Medien wird dabei eine aktive Rolle in der Herstellung von Öffentlichkeit eingeräumt, da nicht notwendigerweise dieser Prozess konsensorientiert sein muss, sondern immer auch ein *kritisches* Kommentieren des politischen Systems als notwendig erachtet wird.

### 3 | Öffentlichkeit und öffentliche Meinung

Demokratische Strukturen sind die zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Öffentlichkeit. Die Artikulation von politischen Interessen und Meinungen, die Bestimmung von politischen Problemen, auch die Durchsetzung verbindlicher politischer Entscheidungen, all das setzt vielfältige öffentliche Kommunikationsprozesse voraus (vgl. Beck 2010).

Öffentlichkeit wird wesentlich durch Medien vermittelt und hergestellt.

Öffentlichkeit ist damit eine zentrale Kategorie zum Verständnis der Rolle von Medien in einer Gesellschaft und ebenso ein Grundbegriff der politischen Kommunikation. In Anlehnung an Arendt (2005) oder auch Habermas (1995) wird Öffentlichkeit heute meist nicht als physischer Raum – also im Sinne der griechischen Agora – betrachtet, sondern als Ort der politischen Auseinandersetzung, der unterschiedliche Formen haben kann. Öffentlichkeit wird nicht notwendigerweise als eine homogene Sphäre konzipiert; in die Vorstellung von Öffentlichkeit können eine Vielzahl von Alternativ- und Gegenöffentlichkeiten eingeschlossen werden (vgl. Fraser 2001). Wenn Öffentlichkeit als Begriff mit politisch-rechtlichen Ansprüchen verbunden wird, dann leiten sich aus diesen Ansprüchen Vorstellungen über Bedingungen und Formen öffentlicher Kommunikation ab (vgl. Imhof 2003). Politische Prozesse benötigen demnach Öffentlichkeit zur Transparenz von Entscheidungsvorgängen, zur Vermittlung von Inhalten und zur Deliberation politischer Themen. Politik und politische Prozesse bedienen sich dabei vor allem Medien zur Vermittlung von Inhalten und Positionen, gleichzeitig haben Medien einen zentralen Anteil an der kritischen Berichterstattung über politische Kommunikation. Politische Kommunikationsprozesse stehen also in einem engen Zusammenhang mit Massenmedien, ohne dass Öffentlichkeit nur durch Massenmedien gebildet wird. Wichtig für politische Prozesse können ebenso Vereinsöffentlichkeiten, zivilgesellschaftliche Öffentlichkeiten und spontan entstehende Öffentlichkeiten sein (vgl. Klaus 2008; Wischermann 2003). Bildend für Öffentlichkeit sind kommunikative Prozesse, die aus medial vermittelter und direkter Kommunikation bestehen.

Eng verwandt mit dem Begriff der Öffentlichkeit ist der der öffentlichen Meinung. Öffentliche Meinung oder Publizität bezeichnet dabei sowohl den Grad der Aufmerksamkeit wie auch die Zustimmung oder Ablehnung

der Allgemeinheit gegenüber einer sozialen Bewegung oder einem bestimmten Thema (vgl. Pöttker 2001). Um öffentliches Interesse zu wecken und die öffentliche Meinung zu erreichen, versuchen verschiedene soziale Gruppen ihre Positionen mittels Öffentlichkeitsarbeit zu verbreiten und so ihren Interessen Nachdruck zu verleihen. Öffentlichkeitsarbeit richtet ihr Augenmerk vor allem darauf, in den Medien präsent zu sein.

In den letzten Jahren hat sich die Betrachtungsweise von Öffentlichkeit und Medien jedoch fundamental verändert. So wird nicht mehr von Öffentlichkeit im Singular ausgegangen, sondern der Begriff zumeist im Plural verwendet um auf die unabgeschlossene Zahl von Teilöffentlichkeiten, Gegenöffentlichkeiten etc. hinzuweisen. Unter dem Titel „Ach, Europa“ diskutiert Habermas (2008) angesichts gesellschaftlicher Veränderungen, seine Konzeption von Öffentlichkeit und fragt, ob es in der Mediengesellschaft einen „erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit“ gibt, der mit dem Internet und anderen Medien eingetreten ist (ebd.: 81).

Skeptisch äußert sich Habermas zum Internet, er sieht die politischen Öffentlichkeiten durch „mediengestützte Kommunikation überflutet“, die sich „keineswegs durch deliberative Züge“ auszeichnet (Habermas 2008: 155 f.). Durch die Entstehung einer Informationsökonomie und aufgrund einer Revolution der Kommunikationstechnologien lässt sich eine „kommunikative Verflüssigung der Politik“ (ebd.: 156) beobachten. Öffentlichkeit bestehe, so Habermas, aus zahlreichen themenspezifischen Stellungnahmen eines diffusen Massenpublikums zu mehr oder weniger gut definierten öffentlichen Problemen und Beiträgen. Nancy Fraser stellt ebenfalls einen „neuen Strukturwandel von Öffentlichkeit“ (2010) fest. Den damit konstatierten grundlegenden Wandel begründet sie mit drei entscheidenden Entwicklungen: dem Aufkommen des Internets, dem Globalisierungsprozess und der Entstehung der Europäischen Union, die als komplementäre politische Arena zu den Nationalstaaten agiere. Differenziert fragt Fraser dabei nach den Ausschlüssen, die allen

Konzeptionen von Öffentlichkeit zugrunde liegen: „Betroffenheit, nicht Staatsangehörigkeit, sollte das ‚wer‘ der Öffentlichkeit bestimmen“. Auf diese Weise thematisiert Fraser die mit Demokratie und Öffentlichkeit einhergehenden Ungleichheiten und benennt Inklusions- und Exklusionsprozesse. Fraser identifiziert fünf Kernprobleme aktueller Theorie und Praxis von Öffentlichkeit. Neben einer Privatisierung der Öffentlichkeit durch Ökonomisierung und Prominenzkultur, sind es vor allem die strukturellen Ungleichheiten, die einer weitreichenden Partizipation im Wege stehen. Darüber hinaus beobachtet Fraser eine Ohnmacht öffentlicher Willensbildung, die sich auch aus einer Nationalisierung von Öffentlichkeit ergibt. Zudem sind die Medien öffentlicher Kommunikation durch problematische Eigentumsstrukturen gekennzeichnet. Die klassischen Printmedien sind im Besitz von Unternehmen, die der Logik des Marktes folgen und Gewinne erwirtschaften wollen.

#### 4 | Medien als Watchdogs

Die Ausführungen zur demokratietheoretischen Verortung von Medien und zur Rolle von Öffentlichkeit haben gezeigt, dass in westlichen Demokratietheorien Medien eine zentrale Rolle innehaben. Watchdogs stellen also einen wichtigen Teil einer Demokratie dar, in dem sie die Gesellschaft und ihre Institutionen kontrollieren und sich skeptisch gegenüber Machtprozessen zeigen (vgl. McQuail 2000; Hanitz 2007). Die klassische Funktion des Watchdog-Journalismus lässt sich demokratietheoretisch vor allem in der Förderung von Transparenz politischer Entscheidungen, in der Kontrolle politischer und ökonomischer Institutionen sowie in der öffentlichen Berichterstattung über Missstände sehen. Insbesondere die Transparenz und die Legitimierung politischer Entscheidungen ist in westlichen Ländern durch institutionalisierte Verfahren gesichert und wird darüber hinaus durch die journalistische Tätigkeit, die durch berufliche Standards abgesichert ist, kontrolliert. Wenn von der öffentlichen Aufgabe von Medien

die Rede ist, dann wird als Gegenstand der Beobachtung und Kontrolle durch Medien vor allem die Legislative, Exekutive und Judikative gesehen. Medien gelten als Institutionen, die in ihrer Vielfalt auch die pluralen Interessen der Gesellschaft abbilden. Bürger\*innen erhalten so Informationen und Wissen über gesellschaftliche Problemlagen; gleichzeitig werden auch immer Informationen über politische Alternativen angeboten (vgl. Strömbäck 2005). Im Zentrum dieser Betrachtungsweise stehen vor allem die klassischen Medien wie Zeitung, Radio und Fernsehen, die unabhängig Öffentlichkeit über politisches Geschehen herstellen sollen. Diese Aufgabe kommt insbesondere den öffentlich-rechtlich organisierten Medien zu, die diskriminierungsfrei und vielfältig berichten sollen. Die Wächterfunktion der Medien erstreckt sich dabei mittlerweile nicht nur auf die Regierung, sondern alle Entscheidungsträger\*innen eines Systems bzw. einer Gesellschaft werden beobachtet. Neben der Beobachtung der jeweiligen Regierung übernimmt der Watchdog-Journalismus mehr und mehr die Funktion einer kritischen Beobachtung gesellschaftlicher Prozesse. So haben z. B. in der Diskussion um Umweltschutz bzw. Umweltverschmutzung durch Unternehmen die Medien die Aufgabe, deren Verhalten kritisch zu beobachten und Öffentlichkeit herzustellen (vgl. Moore 2001). Eine zentrale Aufgabe der Medien wird in der Aufdeckung von Skandalen gesehen (vgl. Tumber 2001). So wird einerseits die Politik von Medien und Journalist\*innen beobachtet, andererseits kann auch die Presse selbst beobachtet werden. Damit nimmt der Watchdog-Journalismus eine doppelte Funktion ein. Darüber hinaus dienen Presseräte, wie in Deutschland, Österreich und der Schweiz verankert, der freiwilligen Selbstkontrolle von Medien. Auch Bürger\*innen können sich mit Anfragen an sie wenden.

Zu differenzieren ist zwischen den verschiedenen Formen der Recherche und Informationsbeschaffung; ebenso zwischen den Möglichkeiten der Veröffentlichung der Ergebnisse in verschiedenen Medien und Plattformen. Dabei zeigen sich auch Überschneidungen mit

anderen Formen von Journalismus. So ist der investigative Journalismus insbesondere durch eine Arbeitsform geprägt, die intensive und hartnäckige Recherche umfasst (vgl. Ludwig 2016: 179 ff.). Beim investigativen Journalismus sind es vor allem Themen von allgemeinem Interesse und damit die soziale Relevanz des zu Erforschenden, die Gegenstand der Recherche sind. Vielfach wird dabei der ökonomische Sektor einer Gesellschaft zum Gegenstand der Recherche, in dem etwa Korruption oder Missstände aufgedeckt werden. Die Aufdeckung der so genannten „Panama Papers“, die ein komplexes System von Steuerhinterziehung und Geldwäsche offenbarten, gelang im Jahr 2016 mit Hilfe des „International Consortium of Investigative Journalists“. Dabei wurde das der *Süddeutschen Zeitung* zugespielte Leak von einer Vielzahl investigativer Journalist\*innen bearbeitet und so der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (vgl. Cabra 2017). In diesem Zusammenhang kommt auch so genannten Whistleblowern eine zentrale Rolle zu. Solche Quellen, die Informationen liefern und zumeist ungenannt bleiben, haben eine enorme Bedeutung bei der Aufdeckung von Missständen. Sie liefern Material und Anknüpfungspunkte für die investigative Recherche. Das Beispiel Edward Snowden und Wikileaks zeigt jedoch zugleich, dass es nicht mehr nur die traditionellen Medien sind, in denen Dokumente veröffentlicht werden, sondern zunehmend digitale Plattformen genutzt werden, zu denen jede\*r Zugang hat. Gleichzeitig kam den traditionellen Medien in diesem Fall eine „Übersetzungsfunktion“ zu, weil sie die Vielzahl an Dokumenten auf Wikileaks gesichtet, Kontexte recherchiert und für eine Veröffentlichung aufgearbeitet haben. Investigativer Journalismus ist geprägt durch eine bestimmte Form der Recherche und hat eine wichtige Funktion in demokratisch-politischen Ordnungen. Form des Journalismus ist Teil der Wächterrolle der Medien (vgl. Berry 2009).

Das Spektrum investigativer journalistischer Recherche ist sehr breit und die Berufsauffassungen investigativer Journalist\*innen sind sehr vielfältig. So werden vielfach bereits kritische

Interviews mit politischen Entscheidungsträger\*innen, breit recherchierte Berichte, die Probleme aufdecken, oder die Überprüfung politischer Informationen als Formen von Watchdog-Journalismus angesehen. Dem Journalismus wird dabei eine aktive Rolle als Akteur in politischen Prozessen zugeschrieben; er vermittelt nicht nur zwischen Bürger\*innen und Politik, sondern kann Stellung beziehen und kritische Diskussionen befördern. Aus diesem Verständnis leiten sich zahlreiche Aufgaben des Journalismus ab, wie etwa ein politischer Journalismus, der an der diskursiven Herstellung des Politischen beteiligt ist (vgl. Lünenborg/Sell 2018) und ein Human Rights-Journalismus, der die Handlungsmacht von Journalist\*innen und damit die demokratietheoretische Rolle betont (vgl. Shaw 2012). In diesen Formen von Journalismus wie auch in weiteren können Elemente von Watchdog-Journalismus enthalten sein.

Mit der Einführung des dualen Rundfunksystems und der zunehmenden Bedeutung von privaten Medienhäusern veränderte sich die klassische Sichtweise auf Medien und ihre Funktion als Watchdogs. Hinzukommt, dass durch die Digitalisierung nicht mehr nur die Massenmedien Öffentlichkeit herstellen und formieren. Weitere Öffentlichkeiten entstehen jenseits traditioneller Strukturen institutionalisierter Medien (Lünenborg/Raetzsch 2018: 26) und können ebenfalls das politische System kontrollieren. Verzahnungen sowohl auf der Plattformebene, aber auch kommerzieller und nicht-kommerzieller Angebote sowie die technischen Affordanzen verändern auch die Formen der Partizipation (vgl. boyd 2010).

Doch nicht nur Journalist\*innen und traditionellen Medien kommt eine Rolle als Watchdog zu, auch Bürger\*innen und alternative Medien können diese Funktion übernehmen. Diese Entwicklung wird unter den Begriffen partizipativer Journalismus und alternative Medien diskutiert. Diese Form der Medienkritik, die die Medien selbst zu den Beobachtenden werden ließ, beschreibt Berry (2009: 2) als „the watchdogs watching the watchdogs“.

Eine Auffassung, die insbesondere von Watchdog-Organisationen und zunehmend von Blogs und Webseiten zum Ausdruck gebracht wurde. Die „American Society of Newspaper Editors“ forderte 2005, dass eine „Watchdog Culture“ gefördert werden sollte, damit die Rolle von Zeitungen in dieser Hinsicht gestärkt würde (vgl. Ward 2005). Gerade durch digital vernetzte Medien kann sich prinzipiell ein unabhängiger Akteur\*innenkreis als Watchdogs betätigen. Die Möglichkeiten von Bürger\*innen, Informationen zu veröffentlichen, die auf unethisches Verhalten oder falsches Handeln von Regierungen, Organisationen, der Polizei, aber auch der Medien hinweisen, haben sich damit verbessert.

Die damit verbundenen Diskussionen und theoretischen Auseinandersetzungen sprechen verschiedene Ebenen an. Medien sind heute nicht mehr nur im Besitz klassischer Medienunternehmen, sondern jede\*r kann selbst Medien herstellen und damit in Teilen deren Funktionen übernehmen. Darüber hinaus kann die Berichterstattung in den traditionellen Medien kritisch reflektiert und auf die Ausblendung bestimmter Themen und Positionen hingewiesen werden. Atton (2002) sieht darin das Potenzial alternativer Medien, die Sichtweisen marginalisierter Gruppen darzustellen, andere Werte und Normen sichtbar zu machen sowie News zu veröffentlichen, die in den klassischen Medien zensiert werden. Deutlich wird hier also, dass auch alternative Medien als Watchdogs gesehen werden, die neben gesellschaftlichen Entwicklungen auch die Berichterstattung in den klassischen Medien beobachten. Damit sind sie nicht nur im Sinne von John Fiske (1999) als oppositionelle Lesart, sondern als mobilisierte Zuhörerschaft zu sehen, da sie eine Anwaltschaft für Minderheiten und NGOs einnehmen können. Als weitere zentrale Kriterien benennen Fuchs und Sandoval, dass der Zugang zur Medienproduktion egalitär geregelt ist und damit Partizipation und gemeinschaftliches Produzieren im Vordergrund stehen. Allerdings bedeutet die Möglichkeit der Veröffentlichung nicht immer auch, dass Inhalte wahrgenommen werden, gerade im Internet ist Aufmerksamkeit

ungleich verteilt (vgl. Fuchs/Sandoval 2009).

Eine Plattform, die sich als alternatives Medium versteht, ist *Indymedia*. Auf der Webseite findet sich eine „offene, nichtkommerzielle Berichterstattung sowie Hintergrundinformationen zu aktuellen sozialen und politischen Themen“ (vgl. Indymedia o.J.). Indymedia richtet sich dabei auch ausdrücklich gegen die mediale Berichterstattung: „Medienkonzerne verbreiten über unzählige Kanäle ihre vielfach durch politische u./o. wirtschaftliche Interessen gefärbten Informationen und konstruieren somit Kraft ihrer Definitionsmacht ein Bild der Realität“ (ebd.). Doch nicht nur Medienkritik im Allgemeinen steht im Fokus von alternativen Medien, die damit eine Watchdog-Funktion erfüllen, auch die kritische Kommentierung gegenwärtiger gesellschaftlicher Ereignisse. In diesem Zusammenhang ist auch der sogenannte Bürger\*innen-Journalismus zu nennen. Bürger\*innen-Journalismus stellt ein zivilgesellschaftliches Phänomen dar (vgl. Bosshart 2017). Dieser kann Themen für den professionellen Journalismus vorgeben oder Medienkritik betreiben (vgl. Eberwein 2010; Neuberger 2007b). Am Beispiel von Wikinews und der Berichterstattung zu *Stuttgart 21* zeigt sich etwa, dass sich die Berichterstattung auf dem Bürger\*innen-Journalismus-Portal deutlich gegen das Bauprojekt positioniert und mehr zivilgesellschaftliche Sprecher\*innen zu Wort kommen (Bosshart 2017: 364f.). Damit wird durch eine alternative Berichterstattung das Spektrum an Themen erweitert und somit eine relevante Rolle im öffentlichen Diskurs eingenommen. Ob diese Formen der Partizipation durch Bürger\*innen unter den Begriff des Watchdog gefasst werden können, ist umstritten. So sehen Bardoel und Deuze (2001) im Bürger\*innen-Journalismus lediglich die Funktion eines Guidedogs und nicht des Watchdogs. Zu einzelnen Ereignissen kann Bürger\*innen-Journalismus jedoch die Funktion eines Watchdog einnehmen, wie Ostertag und Tuchman (2012) anhand von „The Eye“, einer Organisation des Nonprofit-Journalismus in New Orleans aufzeigen, die anlässlich der fatalen Auswirkungen des Hurrikans Katrina

entstand. Auch so genannten Watchblogs, die sowohl von Journalist\*innen als auch Bürger\*innen geführt werden, übernehmen Formen einer Medienkritik (vgl. Eberwein 2010). Den Betreiber\*innen solcher Watchblogs, so zeigt die Studie von Spiller und Degen (2010: 38), ist dabei wichtig, Transparenz zu üben, in dem sie Quellen offenlegen und Recherchewege ergänzend publizieren. Ihre Reichweite ist allerdings zumeist begrenzt, so hat im deutschsprachigen Raum nur Bildblog entsprechend große Klickzahlen und ist über einen langen Zeitraum hinweg aktiv, die meisten Watchdogs hingegen veröffentlichen lediglich periodisch (vgl. Spiller/Degen 2010). Daneben finden sich Zusammenschlüsse wie die „Huffington Post Investigative Unit“, die eine Zusammenarbeit zwischen Bürger\*innen und professionellen Journalist\*innen in der Produktion von Nachrichten fördert (Ostertag/Tuchman 2012: 925). Häyhtiö und Rinne (2009: 840) sprechen von „civic watch“, wenn Bürger\*innen die gesellschaftlichen Eliten und staatliche Organisationen beobachten und kontrollieren, dies ist etwa auch über das Videoportal *YouTube* möglich, wenn etwa Bildmaterial von Polizeieinsätzen veröffentlicht wird und damit die Angemessenheit des Vorgehens diskutiert werden kann (vgl. Häyhtiö/Rinne 2009: 849 f.).

Die Funktionen des Watchdog-Journalism verändern sich vor allem durch drei Entwicklungen: erstens durch eine Ausdifferenzierung von Öffentlichkeiten und Medien und den damit einhergehenden Veränderungen in der Kommunikation durch digital vernetzte Medien. Zweitens wird mit der Nutzung von alternativen Medien und digitalen Plattformen die Zahl der Akteur\*innen, die recherchieren und veröffentlichen, größer. Nicht mehr nur Journalist\*innen übernehmen die Rolle eines Watchdogs, auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Bürger\*innen können über verschiedene mediale Plattformen aktiv werden. Dies geht mit einer Veränderung der Plattformen einher, neben klassischen Medien, wie Zeitung, Radio und Fernsehen treten zunehmend digital vernetzte Medien. Außer Acht gelassen werden,

darf drittens nicht, wie sich Medien durch die zunehmende Ökonomisierung und der politischen Verflechtungen verändern. Die ökonomischen Verflechtungen von Massenmedien, die Konzentration von Medienunternehmen und verstärkte kommerzielle Interessen bedürfen dabei auch selbst der Kontrolle (vgl. Tumber 2001). Bei Medienunternehmen als Teil global agierender Konzerne stehen häufig eigene wirtschaftliche Interessen im Vordergrund. Damit wandeln sich Mediensysteme und die Bedingungen unter denen Medien arbeiten und produzieren.

## 5 | Fazit

Watchdogs erscheinen als ein unverzichtbarer Bestandteil demokratischer Öffentlichkeit und Medienprozesse. Gegenwärtig dehnt sich der Kreis der Akteur\*innen, die Watchdog-Journalismus betreiben, aus. So sind zahlreiche Online-Plattformen und News-Channels entstanden, Informationen werden durch digital vernetzte Medien bereitgestellt: damit übernehmen die entsprechenden Akteur\*innen, zumindest in Teilen, Funktionen eines Watchdogs. Heutzutage umfasst der Begriff Watchdog-Journalismus wesentlich mehr als einen Teilbereich des klassischen Journalismus. In diesem Beitrag wurde deswegen dafür plädiert, die verschiedenen Formen wie Guidedog, Civicwatch, investigativer Journalismus aber auch Teile aus dem Bereich alternativer Medien als Formen anzusehen, die die Funktion einer Wächterrolle von Medien bzw. über mediale Plattformen hinweg ausüben. Erweitert wird damit das Verständnis des Watchdog Journalismus, da nicht nur traditionelle Medienakteur\*innen wie Journalist\*innen als einzige Akteur\*innen, die diese Wächterfunktion ausüben, angesehen werden, sondern auch alternative Medien und Bürger\*innen. Damit dehnen sich sowohl der Adressat\*innenkreis, also die Beobachteten, als auch die beteiligten Akteur\*innen, also die Beobachtenden, aus. Dieser Sichtweise liegt ein erweitertes Demokratieverständnis zugrunde, das nicht nur Medien in ihrer Rolle als Watchdogs umfasst, sondern die

Partizipation von Bürger\*innen miteinbezieht. Damit erringen Journalist\*innen, verschiedene Medienformate und Bürger\*innen eine zentrale Rolle im öffentlichen Diskurs zugesprochen. Allerdings wirft die Ausdifferenzierung von Öffentlichkeiten und die Debatte um Echo-kammern, Filter Bubbles und Fake News die Frage auf, inwieweit heutzutage kritischer Journalismus noch eine allgemeine Öffentlichkeit erreicht. Dies wird in den nächsten Jahren kritisch zu erforschen sein, um weiterhin eine ausgewogene und demokratiefördernde kritische Berichterstattung zu unterstützen.

*Ricarda Drüeke* ist Assistenzprofessorin am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Kontakt: ricarda.drueeke@sbg.ac.at

## Literatur

- Atton, Chris* 2002: *Alternative Media*. London: Sage.
- Bardoel, Jo/Deuze, Marc* 2001: Network Journalism: Converging competences of old and new media professionals. In: *Australian Journalism Review*, Jg. 23, Nr. 2, 91-103.
- Beck, Klaus* 2010: Soziologie der Online-Kommunikation. In: Schweiger, Wolfgang/Beck, Klaus (Hg.): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS, 15-35.
- Berry, Stephen J.* 2009: *Watchdog Journalism. The Art of Investigative Reporting*. New York, Oxford: Oxford University Press.
- Beyme, Klaus von* 2006: *Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*. 8. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Bosshart, Stefan* 2017: *Bürgerjournalismus im Web. Kollaborative Nachrichtenproduktion am Beispiel von „Wikinews“*. Konstanz/München: UVK.
- Boyd, Danah* 2010: Social network sites as networked publics: Affordances, dynamics, and implications. In: Papacharissi, Zizi (Hg.): *Networked Self: Identity, Community, and Culture on Social Network Sites*, New York/London: Routledge, 39-58.
- Cabra, Mar* 2017: *Panama Papers - the longest collaborative investigation in journalism history - and more*. In: Mair, John/Keeble, Richard Lance/Lucero, Megan/Moore, Martin (Hg.): *Data Journalism. Past, Present and Future*. Suffolk: Arima, 23-26.
- Dahlgren, Peter* 2009: *Media and Political Engagement: Citizens, Communication and Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Eberwein, Tobias* 2010: Von „Holzhausen“ nach „Blogville“ - und zurück. Medienbeobachtung in Tagespresse und Weblogs. In: Eberwein, Thomas; Müller, Daniel (Hg.): *Journalismus und Öffentlichkeit: Eine Profession und ihr gesellschaftlicher Auftrag*. Wiesbaden, 143-165.
- Fiske, John* 1999: Populäre Texte, Sprache und Alltagskultur. In: Hepp, Andreas/Winter, Rainer (Hg.), *Kultur - Medien - Macht. Cultural Studies und Medienanalyse*. Wiesbaden: VS, 67-86.
- Fraser, Nancy* 2010: Kritische Theorie im neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 23. Jg., H. 3, 18-25.
- Funiok, Rüdiger* 2007: *Medienethik. Verantwortung in der Mediengesellschaft*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Habermas, Jürgen* 2009: Ach, Europa: Kleine politische Schriften XI. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Häyhtiö, Tapio/Rinne, Jarmo* 2009: Little Brothers and Sisters are watching. In: *Information, Communication & Society*, 12. Jg., H. 6, 840-859.
- Imhof, Kurt* 2006: Politik im „neuen“ Strukturwandel der Öffentlichkeit. In: *fög discussion papers*.
- Indymedia* (o.J.): *Mission Statement*. <https://de.indymedia.org/mission-statement> [10.07.2018]
- Klaus, Elisabeth* 2008: Abschied von der Dichotomie. Zwischen Information und Unterhaltung, zwischen Fakten und Fiktionen - die widersprüchlichen Grundlagen des Journalismus. In: Pörksen, Bernhard/Loosen, Wiebke/Scholl, Armin (Hg.), *Paradoxien des Journalismus. Theorie - Empirie - Praxis*. Wiesbaden: VS, 343-360.



*Krotz, Friedrich* 2003: Kommunikation im Zeitalter des Internets. In: Höflich, Joachim R./Gebhardt, Julian (Hg.): Vermittlungskulturen im Wandel. Brief, E-Mail, SMS. Frankfurt a.M.: Peter Lang, 21-38.

*Krotz, Friedrich* 2007: Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation. Wiesbaden: VS.

*Ludwig, Johannes* 2016: Investigativer Journalismus. In: Deutscher Fachjournalisten Verbund (Hg.): Journalistische Genre. München: UVK, 177-190.

*Lünenborg, Margreth/Sell, Saskia* 2018: Politischer Journalismus als Forschungsfeld: Theoretische Verortungen und empirische Zugänge. In: dsb. (Hg.): Politischer Journalismus im Fokus der Journalistik. Wiesbaden: Springer VS, 3-34.

*Lünenborg, Margreth* 2009: Politik auf dem Boulevard? Eine Einführung aus geschlechtertheoretischer Perspektive. In: dsb. (Hg.): Politik auf dem Boulevard? Die Neuordnung der Geschlechter in der Politik der Mediengesellschaft. Bielefeld: transcript, 7-21.

*Lünenborg, Margreth/Raetzsch, Christoph* 2018: From public sphere to performative publics: Developing media practice as an analytic model. In: Foellmer, Susanne/Lünenborg, Margreth/Raetzsch, Christoph (Hg.): Media Practices, Social Movements, and Performativity. Transdisciplinary Approaches, New York: Routledge, 13-35.

*Martinsen, Renate* 2009: Öffentlichkeit in der „Mediendemokratie“ aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Nr. 42, 37-69.

*McQuail, Dennis* 2000: McQuail's mass communication theory. London.

*Moore, Rick C.* 2001: Environmental Issues and the Watchdog Role of the Media: How Ellul's Theory complicates liberal Democracy. In: Bulletin of Science Technology & Society 21. Jg., Nr. 5, 325-333.

*Neidhardt, Friedhelm* 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsycholo-

gie, Sonderheft 34)

*Neuberger, Christoph* 2007: Weblogs = Journalismus? Kritik einer populären These. In: Diemand, Vanessa/Mangold, Michael/Weibel, Peter (Hg.): Weblogs, Podcasting und Videojournalismus. Neue Medien zwischen demokratischen und ökonomischen Potenzialen. Hannover: Heise, 107-135.

*Ostertag, Stephen F./Tuchman, Gaye* 2009: When Innovation meets legacy. In: Information, Communication & Society, 15. Jg., Nr. 6, 909-931.

*Pfetsch, Barbara/Marcinkowski, Frank* 2009: Problemlagen der „Mediendemokratie“ - Theorien und Befunde zur Medialisierung von Politik. In: PVS-Sonderheft Nr. 42, 11-33.

*Pöttker, Horst* 2001: Ist der Journalismus autopoietisch? Thesen und Anregungen zur Debatte über die Art der Steuerung und die Eigengesetzlichkeit eines sozialen Systems. In: Communication Socialis, Jg. 34, H. 1, 59-65.

*Pürer, Heinz o.J.*: Medien und Journalismus zwischen Macht und Verantwortung. <http://www.kfj.at/service/nachlese/medien-und-journalismus-zwischen-macht-und-verantwortung-puerer/> [10.07.2018]

*Reese-Schäfer, Walter* 2006: Politische Theorie der Gegenwart in fünfzehn Modellen. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

*Sandoval, Marisol/Fuchs, Christian* 2010: Towards a critical theory of alternative media. In: Telematics and Informatics 27. Jg., 141-150.

*Schmidt, Manfred G.* 1997: Demokratietheorien. Eine Einführung. Opladen: Leske und Budrich

*Sha, Ibrahim Seagaw* 2012: Human Rights Journalism. Advances in Reporting Distant Humanitarian Interventions. Palgrave: Basingstoke.

*Sparks, Colin/Splichal, Slavko* 1990: The Attitudes of Trainee Journalists: A Comparative Study. In: Gazette, 43. Jg., Nr. 1, 31-52.

*Spiller, Ralf/Degen, Matthias* 2012: Watchblogs - ein überschätztes Instrument der Medienkritik. In: Studies in Communication Sciences 12. Jg., 34-40.

*Strömbäck, Jesper* 2005: In Search of a Standard: four models of democracy and

their normative implications for journalism. In: *Journalism Studies* 6. Jg., Nr. 3, 331-345.

*Thomas, Tanja* 2010: Perspektiven kritischer Medienkulturtheorie und -analyse: Aktuelle Herausforderungen und theoretische Potentiale. In: Hepp, Andreas/Höhn, Marco/Wimmer, Jeffrey (Hg.): *Medienkultur im Wandel*. Konstanz: UKV, 73-89.

*Tumber, Howard* (2001): *Democracy in the Information Age: The Role of the Fourth*

*Estate in Cyberspace*. In: *Information, Communication & Society*, 4. Jg., Nr. 1, 95-112.

*Ward, Butch* 2005: *Watchdog Culture: Why You Need it, How You Can Build it*. <https://www.poynter.org/news/watchdog-culture-why-you-need-it-how-you-can-build-it> [15.0.7.2018].

*Wischermann, Ulla* 2003: Feministische Theorien zur Trennung von privat und öffentlich – Ein Blick zurück und nach vorn. In: *Feministische Studien*, 21. Jg., H. 1, 23-34.

## Staatsnahe Watchdog-Organisationen

Samuel Greef/Lukas Kiepe

### 1 | Einleitung

Im politischen System übernehmen unterschiedliche Akteure die Rolle von „Watchdogs“. Damit sind Organisationen oder Institutionen gemeint, bei denen eine ihrer zentralen Funktionen darin besteht, die Tätigkeit des Staates und seiner Institutionen, anderer Organisationen oder Unternehmen zu überwachen beziehungsweise deren Handeln kritisch zu begleiten und damit zu kontrollieren. In der Tendenz lässt sich in den letzten Jahrzehnten eine Zunahme solcher Watchdogs konstatieren. „Machtausübung muss sich heute stärker legitimieren [...]. Deshalb gewinnen Diskussionen rund um die Themen Transparenz, Rechenschaftspflicht, Accountability, Zurechenbarkeit, Verantwortung, Berichtspflichten, Zugänglichkeit von Informationen, Beteiligung und Begrenzung der Amtsdauer zunehmend an Gewicht“ (Speth 2018: 204). In der Folge hat sich eine vielfältige Landschaft an unterschiedlichen Watchdog-Organisationen herausgebildet.

Eine erste Eingrenzung dieses heterogenen Feldes erfolgt in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand dieses Beitrages durch den Fokus auf die Kontrolle von *politischer Macht*. Er

beschäftigt sich ausschließlich mit der Kontrolle des Staates – also der Regierung, des Parlaments beziehungsweise der Parteien und Abgeordneten sowie der Verwaltung.

Politische Kontrolle wurde in der politikwissenschaftlichen Forschung lange Zeit mit parlamentarischer Kontrolle, und daher mit Kontrolle aus dem politischen System selbst heraus, gleichgesetzt. Dagegen wurden, „andere Formen der Regierungskontrolle [...] kaum thematisiert“ (Helms 2010: 792). Auch wenn sich diese verengte Wahrnehmung geweitet hat, bleibt sie doch vielfach in der Literatur schlaglichtartig auf bestimmte Organisationen oder Akteursgruppen beschränkt. Neben institutionellen Kontrollorganen und -mechanismen (Parlament, Opposition, [Untersuchungs-]Ausschüsse) wird insbesondere der Öffentlichkeit die Aufgabe zugesprochen, das Handeln von politischen Akteuren kritisch zu begleiten, die Regierung zu kontrollieren und auf Missstände aufmerksam zu machen. Damit sind vorrangig die (Massen-)Medien als vierte Gewalt, allen voran die Presse, angesprochen (Lauth 2016: 24).

Neben den Medien sind jedoch eine Vielzahl weiterer Akteure relevant, die zumeist dem Feld der Zivilgesellschaft zugeordnet